

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 20.November 2025

Marc Timmer

CCS taugt nicht zur Verlängerung der Gaswirtschaft

TOP 24: Kein CCS in Schleswig-Holstein – kein Festhalten an fossilen Emissionen (Drs. 20/3776)

Das Kohlendioxid Speicherungsgesetz wird kommen – so oder so. Dafür braucht es keine prophetischen Fähigkeiten.

Der Forschungsverbund Geostor hat in seinem Gutachten „CO₂-Speicherung unter der deutschen Nordsee?“ keinen Show-Stopper gefunden, aber etliche konkretisierungsbedürftige Unsicherheiten wie die Aufnahmefähigkeit von Buntsandgestein und der zulässige Druck beim Verpressen, Störungen und entsprechende Entweichungsrisiken, zur Dichtigkeit und Wölbung des Deckgesteins. Es ist also mitnichten so, dass es morgen seewärts der AWZ losgehen könnte.

Das CO₂-Speicherungsgesetz ermöglicht die Abscheidung, den Transport und die Entsorgung von CO₂, auch aus Gaskraftwerken. Letzteres kritisieren wir als SPD Schleswig-Holstein und finden das Gesetz insoweit falsch.

Denn der abfallrechtliche Grundsatz „**Vermeiden vor Entsorgen**“ schließt eine Verlängerung der fossilen Energiewirtschaft mittels CCS aus.

Die CCS bedingten zusätzlichen Kosten sind hoch. Die CO₂ Konzentration bei Gas ist mit etwa 10% gering, die Abscheidungskosten zwischen 80 und 170 EURO/t relativ hoch. Hinzu kommen Transportkosten und Kosten für das unterirdische Verpressen bis zu 57 EUR pro Tonne CO₂. Hinzu kommen erhebliche Mengen an Strom für das Abscheiden und Verpressen. Risikobedingte Kosten über die Entsorgungsdauer müssen ebenfalls hinzugerechnet werden.

CCS erhöht also die Stromgestehungskosten für die Gaskraftwerke erheblich.

Was sind also in diesem Lichte notwendige Maßnahmen?

Erstens: Die Nennleistung sowie die Produktionszeit der auf Regelleistung ausgerichteten Gaskraftwerke – und nur hierum geht es - muss möglichst reduziert werden. Dies bedeutet

den konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energien, Lastenverschiebungen durch große Batteriespeicher auf der Angebotsseite sowie die dringende Einbeziehung von Biogasanlagen auf dem Kapazitätsmarkt.

Auf der Nachfrageseite ist schnelle Digitalisierung vonnöten, um Preissignale für ein klügeres, netzeffizientes Nachfrageverhalten zu nutzen. In Deutschland sind jedoch erst in 3% der Haushalte Smart Meter installiert. Dies muss deutlich beschleunigt werden. Andere Länder sind günstiger und bereits fertig.

Zweitens: Wir müssen uns auf die Senkung der Wasserstoffkosten als Alternative zu CCS konzentrieren. Diese liegen derzeit bei etwa 9 EUR pro Kilogramm. Mit einem Kilogramm können ca. 35 Kwh erzeugt werden. Dies bedeutet eine Erhöhung der Stromgestehungskosten in Höhe von etwa 25 Cent. Haupttreiber für die Wasserstoffkosten sind mit etwa 50% die Stromkosten. In Esbjerg produziert man Wasserstoff bereits heute deutlich günstiger. Dies sollte uns innerhalb von 10 Jahren auch gelingen. Denn solange würde der Aufbau der CCS Infrastruktur dauern.

Das Dilemma liegt aber woanders und zwar bei den sogenannten unvermeidbaren Restemissionen. Auch Herr Wallmann vom Geomar begrenzt die Entsorgung in der Nordsee übrigens auf diese Fälle.

Bei der Müllverbrennung, der Kalk- und Zementindustrie werden wir absehbar nicht vollständig CO2 frei produzieren können.

Letztlich läuft es diesbezüglich somit auf folgende Alternativen hinaus: Entsorgen in der Luft, unterirdisch oder Produktionsstopp.

Letzteres ist nicht zielführend, da die Produktion verlagert, die Produkte aber gebraucht werden. Wir wollen wichtige Unternehmen wie Holcim bei uns in Schleswig-Holstein halten, sie und deren Beschäftigten unterstützen.

Gegen ein Entweichen in die Luft spricht, dass die CO2 Konzentration bereits jetzt zu hoch ist. Leider gibt es keinen CO2 Ablauf, den man entsperren könnte. Andererseits nützt es wenig, wenn wir die weltweite Situation außen vorlassen und die letzten 5% CO2 Emissionen in Deutschland vergleichsweise teuer zu entsorgen suchen, während sich andernorts mit gleichem Einsatz deutlich größere CO2 Reduzierungseffekte realisiert ließen.

CCU sollte vorrangig gelten, was die Menge der Restemissionen reduzieren würde.

Das first-things-first Prinzip beinhaltet die Konzentration auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, der Wasserstoffinfrastruktur und/oder der Wärmewende. Erst danach ginge es um CCS.

Bei der unterirdischen Entsorgung bliebe das Risiko von Leckagen und in der Nordsee gibt es Nutzungskonkurrenzen zu Offshore Wind und Militär, die aufgelöst werden müssten.

Letztlich ist ein Verpressen in der Nordsee kapazitätsmäßig ohnehin nur übergangsweise möglich. Die Abscheidungsmenge der Restemissionen beträgt etwa 50 Mt im Jahr. Geht man von einem Speicherpotential von etwa 1-2 Mrd. Tonnen CO₂ in der Nordsee aus, wären die unterirdischen Speicher nach 20-40 Jahren voll.

Und andere, vielleicht besser geeignete Lösungen scheinen in Sicht. So hieß es neulich in der SHZ: „Geomar entdeckt Alternative zur Nordsee.“

Klar ist, dass das Gesetz in Kraft treten wird und eine Umsetzung von wirtschaftlichen Akteuren abhängen wird. Öffentliche Gelder darf es nicht Fall geben.

Die Möglichkeit der Abscheidung von CO₂ zur Verlängerung der fossilen Energiewirtschaft lehnen wir ab. Im Bereich der sogenannten unvermeidbaren Restemissionen muss sich noch zeigen, welcher Weg der Beste ist. Dies hängt von vielen Faktoren ab.

Wir möchten daher nicht – wie der SSW – zum jetzigen Zeitpunkt alle Handlungsoptionen für unvermeidbare Restemissionen ausschließen. Dies wäre nicht ehrlich. Denn wer das Problem der unvermeidbaren Restemissionen ignoriert, hat noch längst keine Lösung. Deshalb können wir diesem Antrag heute nicht zustimmen und enthalten uns.